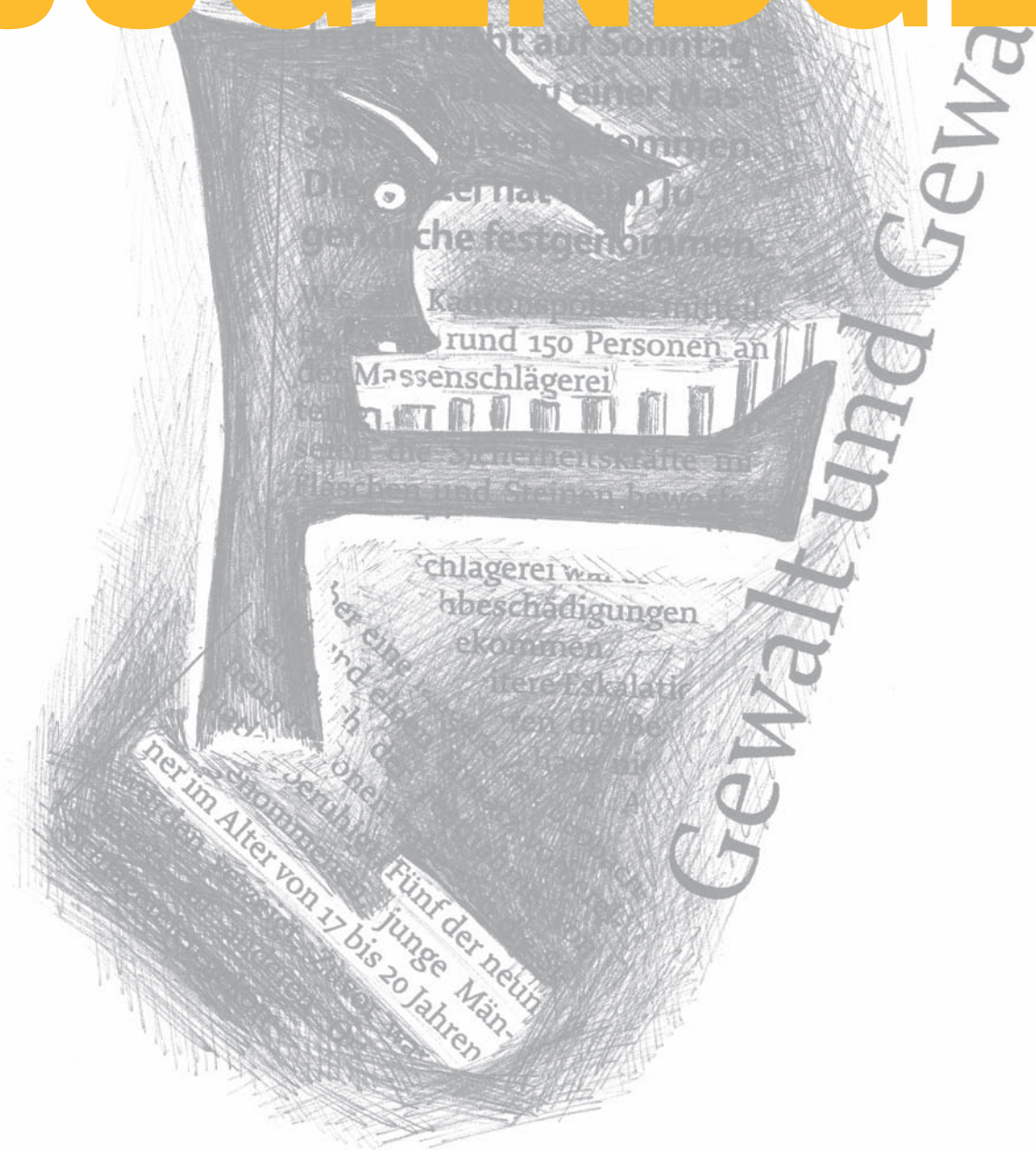


JUGENDARBEIT JUGENDGEWALT



Miryam Eser Davolio

„...aber erst durch den Big Bang fühlte man sich wirklich genötigt, einzugreifen und die Hände aus den Hosensäcken zu nehmen.“

Erst wenn Gewaltvorfälle ein grosses Medienecho auslösen, führt dies in der Regel zu einem politischen Handlungsdruck, welchem rasch Taten und Massnahmen folgen müssen. Denn so lange sich Jugendgewalt in gewissen Grenzen hält oder sich auf verbale Gewalt und Ausgrenzung beschränkt, gelangt sie nicht ins Bewusstsein der Bevölkerung.

Wir haben für unsere Untersuchung „Soziale Arbeit und Rechtsextremismus: Evaluation von Interventionsansätzen und Entwicklung von Guidelines“ Gemeinden (N=16) in der Deutsch- und Westschweiz aufgesucht, welche von Jugendgewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit betroffen waren und haben dort jeweils Leitfadeninterviews (anonym) mit Vertreter/-innen aus den Bereichen Schule, Polizei, Politik, Sozialdienst, Jugendarbeit sowie weiteren beteiligten Akteuren/-innen geführt. Dabei zeigte sich, dass die Jugendarbeit vielerorts im Brennpunkt der Jugendgewalt steht und neue Formen der Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinde entstehen.

ZEIT GEGEN WALT

Was die Ausgangslage in der offenen Jugendarbeit der betroffenen Gemeinden betrifft – wir waren vor allem auf ländliche und kleinstädtische Orte gestossen – so war diese meist durch eine starke Polarisierung der Schweizer und ausländischen Jugendlichen oder auch rechten und linken Jugendlichen charakterisiert:

„Die Jugendlichen hier haben kaum eine Wahl. Entweder sie gehören zu den Schweizern oder zu den Ausländern. Dann gibt es nur noch ein paar wenige linke Jugendliche, welche jedoch gleich zu den Kiffern eingeteilt werden, ohne dass sie notwendigerweise Cannabis konsumieren. So wird man hier schnell Schubladisiert.“

Zwischen diesen beiden Fronten kommt es dann oft zu Provokationen und Konfrontationen, welche sich hauptsächlich in der Schule und im Jugendtreff abspielen. Für die Jugendarbeitenden stellte sich dann die Frage, wie sie sich zwischen diesen beiden Fronten bewegen, ob sie Gewalt verhindern können und vermitteln sollen.

„Im Jugendtreff gab es grosse Probleme zwischen den zwei Gruppen, nämlich den „alten“ Ausländern, die Ärger machten und rechtsextremen Schweizern. Wir mussten viel schlichten, es fielen immer wieder Sprüche unter der Gürtellinie, Heil Hitler etc.. Es blieb zwar bei verbaler Gewalt und wurde nicht körperlich. Wir versuchten neutral zu sein auf beide Seiten.“

Wenn die Konflikte eskalierten, fand die Separierung auch im Jugendtreff statt, meist dominierten die ausländischen Jugendgruppen den Treff und die Schweizer Jugendlichen mieden ihn. In einzelnen Gemeinden wurde auch von der Kirche ein Jugendraum zur Verfügung gestellt, wo sich dann die einheimischen Jugendlichen einfanden.

„...da gab es vor allem Gewalt durch ausländische Jugendliche im Jugendraum, die den Raum besetzten – die Schweizer gingen dann nicht mehr hin, und es gab Drohungen gegen die beiden Jugendarbeiterinnen, so dass der Raum dann ganz geschlossen wurde.“

Auch den umgekehrten Fall, wo rechtsgerichtete Jugendliche die Oberhand im Jugendtreff hatten, stellten wir fest. Darauf wurde mit Massnahmen reagiert, die eine solche „Vorherrschaft“ unterbinden sollten:

„...eher rechtsorientierte Jugendliche, die den Treff wirklich besetzt hatten. Das konnten wir eigentlich recht gut unterbinden, in dem wir nicht mehr so fixe Treffteams machten. (...) So dass nachher verschiedene Gruppierungen etwas veranstalten konnten, und dann auch das Publikum immer ein wenig anders war.“

Ein Jugendarbeiter meinte hierzu, dass in seiner Gemeinde aufgrund des beschränkten Freizeitangebots des Dorfes alle Jugendlichen „gezwungen“ seien, miteinander den Jugendtreff zu teilen und miteinander auszukommen, was er als Vorteil gegenüber grösseren Orten einschätzt, wo es zu dieser Segregation und Trennung kommt.

Angesichts der Tatsache, dass schon in der Schule aufgrund der Aussonderung in Kleinklassen und der Selektion auf Oberstufenebene eine herkunftsspezifische Trennung stattfindet, sind die verbleibenden möglichen Kontaktflächen zwischen ausländischen und Schweizer Jugendlichen sehr beschränkt.

„... dass da kaum Kontakt vorhanden ist, zwischen den ausländischen und Schweizer Jugendlichen, kein Austausch, und dann ist es auch klar, dass sie sich auffällig benehmen.“

Die ausländischen Jugendlichen würden aufgrund ihrer erschwerten schulischen Integration und ihren Problemen bei der Lehrstellensuche, wo sie Diskriminierung und fremdenfeindliche Vorurteile erleben, oft eine Abwehrhaltung gegenüber Schweizern entwickeln. Diese Polarisierung wird von einigen interviewten Jugendarbeitenden mit als Grund gesehen, dass die Auffälligkeit von ausländischen Jugendlichen derart häufig sei. Daneben gibt es aber auch andere Stimmen, die die Abgrenzung der ausländischen Jugendlichen etwas in Frage stellen und meinen, dass das Bedürfnis nach Gruppenbildung natürlich für dieses Alter sei.

„Ich denke, die Problematik ist auch hinaufstilisiert worden, es gibt nämlich auch eine sehr grosse gemischte Gruppierung, sind zwar manchmal ausgrenzend, aber da ist es einfach ein Teenagerprozess. Und ich denke, dass das Definitionsmerkmal Ausländer hat ihnen einfach eine Möglichkeit gegeben, sich abzugrenzen, obwohl es bei ihnen gar nicht so zentral war. Aber weil es in aller Munde war, haben sie es dann einfach nach diesem Kriterium gemacht.“

In dieser polarisierten Situation gebe es nur wenige Ausnahmefälle von Jugendlichen, die zwischen diesen beiden Lagern stehen, wie etwa gut integrierte Ausländer und binationale Jugendliche.

In der offenen Jugendarbeit, wo diese Problematik wahrgenommen wird, scheint es schwierig zu sein, Kontakt zwischen den beiden Lagern herzustellen.

„Die Fronten zwischen den Jugendlichen sind verhärtet. Darum wurden diese Aktivitäten initiiert, um dieses Problem aufs Tapet zu bringen, denn niemand sprach darüber, es war einfach so.“

JUGENDARBEIT GEGEN

„Es gab diese zwei Gruppierungen, die Ausländer und die rechten Schweizer Jugendlichen, viel Gegröle und Konflikte. Wir hatten Angst vor einer Eskalation. Es gab dann auch Druck von Seite der Gemeinde, so im Sinne, macht doch etwas, dass sich die besser verstehen.“

Diese Segregation zeichnet sich in den betroffenen Gemeinden jedoch nicht nur auf Ebene der Jugendlichen ab, sondern durchzieht auch die Erwachsenenenebene, wo oft wenig Kontakt und Austausch zwischen Einheimischen und Zugewanderten besteht – und dies kann eben in einem Dorf auch als eine Form der Ausgrenzung erlebt werden, wo sich normalerweise alle grüssen.

„Da sehe ich auf jeden Fall einen Zusammenhang zwischen dem Klima in den Gemeinden und der braunen Suppe unter den Jugendlichen. Es sind schon ein bisschen die Früchte von einem Politstil.“

In den untersuchten Gemeinden gab es jeweils eine lokale rechtsextreme Gruppe, welche in unterschiedlichem Ausmass organisiert war und zwischen 12 bis 40 Mitglieder hatten. Daneben gab es auch die patriotischen und fremdenfeindlichen Jugendlichen, welche nicht der eigentlichen Szene zugerechnet werden können.

„Dieses patriotische Denken, das Gewalt legitimieren kann, nicht geplant zwar aber einfach als spontane Reaktion. Dort kann man auch nicht Einzelne herausgreifen und sagen, so jetzt haben wir das Problem. Sondern das verflüssigt sich wieder. Das macht es auch so schwierig.“

Die Jugendarbeit ist folglich doppelt gefordert: Auf der einen Seite möchte sie potentielle Mitläufer ansprechen und auf der anderen Seite ist sie mit rechtsextremen Gruppierungen konfrontiert, welche mit ihrem Gewaltpotential eine Bedrohung darstellen. Zum Teil mussten die Jugendarbeitenden Eintrittsverbote für besonders gewaltbereite Jugendliche aussprechen oder die Polizei zuziehen.

„Im Jahr darauf stellten wir vor dem Jugendhausfest, wo jeweils viele Leute, junge und alte kommen und viel positive Resonanz auslöst, ein Sicherheitskonzept mit der Kantonspolizei auf. Die Polizisten kamen alle in Zivil und es kamen mehr als 50 Rechtsextremisten, standen aber nur ratlos herum und zogen wieder ab.“

Die enge Zusammenarbeit mit der Polizei war auch für andere Jugendarbeitende die Rettung in verfahrenen Situationen. In einer anderen Gemeinde hatten zwei Jugendarbeiterinnen vor den massiven Drohungen und Gewalteskalationen ausländischer Jugendlicher kapitulieren müssen, der Jugendtreff wurde geschlossen und bei seiner Wiedereröffnung waren acht Beamte des Jugenddienstes Kantonspolizei in zivil anwesend, die

das Gespräch mit den Jugendlichen suchten. In diesen Fällen signalisieren die Polizisten zwar Reaktionsbereitschaft, doch setzen die Beamten in erster Linie ihre sozialpsychologischen Kompetenzen ein. Von Seiten der Jugendarbeit aber auch von Seite der Polizei wurde uns berichtet, dass sich ihr Verhältnis in den letzten Jahren stark verändert habe.

„Vor allem, was ich auch gut finde ist, - die Zusammenarbeit mit der Jugendarbeit. Also Polizei-Jugendarbeit. Das ist - - vor - zwanzig Jahren war das kein Thema. Waren aber auch andere Leute in der Jugendarbeit. Und jetzt hier muss ich sagen, das ist eine gute Sache, wie wir zusammenarbeiten - offen - Vertrauen.“

In allen untersuchten Gemeinden möchte die Jugendarbeit die Kooperation und den Informationsaustausch mit der Polizei nicht mehr missen, und dies nicht nur aufgrund der Gewährleistung von Sicherheit und Kriseninterventionen in der Jugendarbeit, sondern auch für präventive Absprachen, um Jugendgewalt verhindern zu können.

„... weil wir sind hier oben wirklich sehr gut vernetzt. Also wir haben auch einen regelmässigen Austausch mit der Polizei. Sobald Leute und Namen ins Spiel gekommen sind, die wir persönlich nicht kannten, schalteten wir die Polizei ein, weil - dort haben wir effektiv das Glück, dass der Chef der Bezirkswache hier oben - damit können wir durchaus auch signalisieren, wir möchten mal ein informelles Gespräch. Und auf dieser Ebene können wir halt auch mal sagen, du hör, jetzt ist dies und das, der und der Name ist gefallen. Kannst du da nicht mal nachschauen. Ist der irgendwie bekannt.“

Diese positive Haltung der Jugendarbeit gegenüber der Polizei – welche wir in allen betroffenen Gemeinden festgestellt haben – hat auch damit zu tun, dass Repression oft als einziges Mittel gesehen wird, der Gewalteskalation entgegen zu wirken und die Situation zu beruhigen, damit Jugendarbeit wieder möglich wird.

„... ich muss sagen, ich bin ein Verfechter dieser Repression, weil ich auch sehe, dass wir in unserer Arbeit ohne die Unterstützung der Polizei – und sie hilft uns ja sehr – und uns auf der anderen Seite die Polizei als gleichwertige Player wahrnimmt (...). Und wenn wir mal einen Fehler machen, heisst es nicht gerade, ja, die Sozis haben jetzt wieder einen „Chabis“ gemacht.“

Dabei wird vor allem der unbürokratische Austausch geschätzt, dass man sich jederzeit schnell anrufen kann und weiss, dass die Probleme ernst genommen werden und sofort Hilfe geleistet wird. Zwar ist ihnen bewusst, dass dieser Informationsaustausch auch gewisse Risiken birgt, insbesondere was das Vertrauensverhältnis der Jugendlichen zu den Jugendarbeitenden betrifft, weshalb sie betonen, dass die Kooperation nicht zu offensichtlich sein darf.

GEN JUGENDGEWALT

„Die Polizei hat beruhigt und wir haben einen ruhigen Bahnhof. Wir hätten die Situation nie so beruhigen können. Die haben wirklich rund um die Uhr für Ruhe gesorgt und wir konnten genau dann mit unserem Projekt (Streetwork, A.d.V.) starten, das war die beste Ausgangslage. Wenn man in einem so wirren Kuchen anfangen muss, kann man fast nur verlieren.“

Streetwork wurde in diesem Fall regional aufgebaut und sollte eine Antwort auf den fehlenden Zugang zu gewaltbereiten Jugendlichen sein, welche den Jugendtreff nicht benutzen. Dass sich am Projekt auch umliegende Gemeinden beteiligten, wäre ohne die gravierenden Gewaltvorfälle wohl nicht der Fall gewesen, wie uns der betreffende Jugendarbeiter berichtete. Doch war allen bewusst, dass Repression allein die Probleme nicht lösen würde, sondern lediglich eine momentane Beruhigung erzeugen und sich die Jugendgewalt sonst einfach in weniger reaktionsbereite Gemeinden verlagern würde.

Neben der Polizei wurde aber auch eine ganze Reihe anderer wichtiger Partner genannt, mit welchen sich die offene Jugendarbeit vernetzte oder enge Kooperationen pflegte, vorab die Schule, Gemeinderat oder Jugendsachbearbeiter.

„Früher gab es Klüfte zwischen der Polizei, der Jugendarbeit und der Schule, so runde Tische wären vor zehn Jahren noch undenkbar gewesen.“

In einzelnen Fällen war die Zusammenarbeit mit der Schule so eng, dass die beiden Bereiche auch räumlich nah beeinander lagen, gemeinsame Aktivitäten umgesetzt wurden und ein regelmässiger Informationsaustausch bestand. In anderen Gemeinden war die Schulsozialarbeit das Bindeglied zwischen Schule und offener Jugendarbeit.

„Die Lehrer waren auch sensibilisiert. Die hatten zum grossen Teil mit dem schulüblichen Massnahmenkatalog reagiert. Also mit Verweisen und Strafaufgaben etc.. (...) ...in der Freizeit beim Jugendtreffpunkt gab es auch verschiedene Vorfälle, die auffielen, als wir begannen den Kontakt mit der Schule aufzunehmen und irgendwo auch klar zu sagen, wir müssen Zeichen setzen. Das sind keine Bubenstreiche mehr, die da laufen.“

Als wichtig schätzen unsere Interviewpartner/-innen dabei die Schaffung einer Vernetzungsgruppe und deren Institutionalisierung ein, damit klar ist, dass die politischen Behörden hinter der Arbeitsgruppe stehen. Durch diesen institutionalisierten Austausch können sie Behördenmitglieder beim Bekanntwerden von Problemen einzelner Jugendlicher direkt an die Jugendarbeitenden wenden, die den Fall weiterverfolgen

„Ja und vor allem eben, die Jungen haben es mitbekommen, dass wir jetzt da auf ein Mal zusammensitzen,

verschiedene Institutionen und über sie sprechen. Das hat eigentlich schon schlagartig gehört in den Schulen, weil sie merkten, hoppla, der Gemeinderat und die Polizei und - ja, alles sitzt da jetzt zusammen und redet über uns. Und wir denken, das ist mal eine gewisse Prävention - die das schon gebracht hat, was ich sehr gut finde.“

Die gewaltbereiten Jugendlichen scheinen somit sehr schnell zu merken, wie die Gemeindeakteure miteinander verbunden sind und dass sie schnell und koordiniert auf Vorfälle reagieren. In drei Gemeinden wurde zur Krisenintervention eine konfrontative Strategie angewandt, indem die problematischen Jugendlichen (zum Teil mit ihren Eltern) von den „Dorfautoritäten“ (Gemeindepräsidenten - auch der umliegenden Gemeinden - , Polizei in Uniform, Schulleitende und Jugendarbeitende) zusammen vorgeladen wurden und ihnen erklärt wurde, dass das Ausmass der Jugendgewalt ein Niveau erreicht habe, das man nicht mehr hinnehmen wolle und sie mit handfesten Sanktionen konfrontiert wurden.

„Und wir sagten, das akzeptieren wir nicht. Das können wir nicht. Sonst werden wir ganz andere Massnahmen ergreifen. Das hat schon - eben den Effekt gehabt, dass sie sagten, ja halt, hier geht das einfach nicht. Und eben ich muss sagen, nachher hat es sich - auf jeden Fall grad diese Rivalisierung unter diesen Gruppen - das hat sich gelegt. Klar, Sachbeschädigung oder Sprayereien oder so - das gibt es - das tritt so sporadisch wieder auf.“

In einem anderen Fall wurden rechts- und linksgerichtete Jugendliche, die in Gewaltvorfälle verwickelt waren von der Arbeitsgruppe vorgeladen und ein Mediator beigezogen, der die Täter- und Opferrollen klärte und man ebenfalls klar signalisierte, dass gegen Übertretungen streng vorgegangen würde.

„Dann hat die Vernetzung am runden Tisch Synergien geschaffen, das Modell des runden Tisches wird ja jetzt von anderen Brennpunkt-Gemeinden übernommen. Denn so kann man adäquat mit vereinten Kräften reagieren, dadurch wird ein optimaler Informationsaustausch und ein ökonomischer Einsatz der Mittel gewährleistet.“

Vernetzung scheint somit die wirksamste und nachhaltigste Intervention gegen Jugendgewalt zu sein, denn in allen betroffenen Gemeinden, wo dies umgesetzt wurde, kam es zu einer Beruhigung und einer Verringerung der Gewaltphänomene. Wenn die Situation es wieder zulies, konnte auch mit anderen Strategien die hinter den Konfrontationen liegenden Probleme angegangen werden, wie etwa durch die Schaffung positiver Begegnungsmöglichkeiten zwischen ausländischen und einheimischen Jugendlichen, Mediation, Jungenarbeit Einbezug der Eltern in die offene Jugendarbeit oder der

JUGENDARBEIT GEGEN JUGENDGEWALT

Gewalt und Gewalt...

Einbezug von Minderheitenvertreter/-innen in die Arbeitsgruppen etc., von denen einige kurz dargestellt werden:

- In einer Gemeinde, wo ausländische Jugendgruppierungen einige Unruhe in Schule und Jugendarbeit auslösten, wurde einer breiteren Öffentlichkeit erst durch die Einstellung eines albanischstämmigen Realschullehrers im örtlichen Oberstufenzentrum klar dass die Jugendgewalt durch patriotische und rechtsgesinnte Gruppierungen mitverursacht wurde (er wurde in erster Schulstunde von Schweizer Schülern mit Hiltergruss begrüsst und bei Schulleitung verleumdet, die ihn aber stützte). Der Jugendarbeiter der Gemeinde arbeitete über ein Jahr an getrennten Abenden mit den beiden Gruppierungen, bevor er das erste Mal eine gemeinsame Aktivität (Grüppelturnier) wagte und dann auf diesen ersten positiven Kontaktaufnahme mit weiteren Aktivitäten (deutsch-albanische Theatergruppe, interkulturelles Kochbuch, Modeschau etc.) aufbauen konnte.
- Bei Schwierigkeiten mit ausländischen Jugendlichen konnte durch die Einladung der Väter in den Jugendtreff eine Entspannung erzielt werden. Die Väter erfuhren zuerst über den Zweck der offenen Jugendarbeit und baten ihre Hilfe bei Möbelsuche, Reparaturarbeiten etc. an. In der Folge nahmen Gewalt und Beschädigungen ab, da der Einbezug der Eltern auch von den betroffenen Jugendlichen positiv erlebt wurde.
- Gezielte Jungenarbeit diente in erster Linie zur Thematisierung von Männlichkeit, Gewaltbereitschaft, Opfererfahrungen, Ehre sowie Familienbeziehungen. Da dieser Ansatz nur von einer Gemeinde umgesetzt wurde und nur wenige Jugendliche daran teilnahmen, lässt sich aber wenig über dessen Wirkung sagen.
- Der Einbezug von Minderheitenvertreter/-innen in die institutionalisierte Arbeitsgruppe ermöglichte Elternarbeit sowohl auf Seiten der auffälligen einheimischen als auch ausländischen Jugendlichen. Die Mitglieder besuchten die Familien und besprachen mit ihnen die Probleme mit ihren Jugendlichen und mögliche Massnahmen in der Familie (feste Vereinbarungen, gemeinsame Mahlzeiten und Gespräche etc.).
- Projektwochen, kulturelle Events, Plakatwettbewerbe etc. dienten zur Thematisierung von Gewalt und Toleranz, schufen eine Sensibilisierung und erhöhte Aufmerksamkeit gegenüber Gewaltphänomenen doch konnten die gewaltbereiten Jugendlichen mit solchen Aktivitäten meist weniger angesprochen werden.

Von alleninterviewten Jugendarbeitenden wurde die vernetzte Arbeitsweise als wichtigste Massnahme bezeichnet. Die Form der Aktivitäten, die dann gemeinsam oder einzeln umgesetzt wurden, waren sicher auch wesentlich; doch war auch hier wichtig, sie gut zu kommunizieren, indem man mit den lokalen Medien zusammen arbeitet. Denn wenn die Aktivitäten weiteren Kreisen vermittelt werden, kann ihre Wirkung auch über die direkt involvierten Jugendlichen hinausgehen und den Kontext verändern, in welchem Jugendgewalt stattfindet.

Dieser Beitrag enthält Ergebnisse der Untersuchung „Soziale Arbeit und Rechtsextremismus - Evaluation von Interventionsansätzen und Entwicklung von Guidelines“, die im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms 40 plus (NFP 40+) „Rechtsextremismus: Ursachen und Gegenmassnahmen“ erstellt wurde.

Kontakt zur Autorin:

Fachhochschule Nordwestschweiz

Hochschule für Soziale Arbeit Basel, Institut Sozialplanung und Stadtentwicklung

Dr. Miryam Eser Davolio

Wissenschaftliche Mitarbeiterin

miryam.eser@fhnw.ch

www.fhnw.ch